

Prof. Dr. Gerhard Wegner, Hannover

Die Wirtschaftskrise als Gericht und Chance zur Umkehr¹⁾

Es hat ein wenig gedauert, aber mittlerweile haben sich die großen Kirchen klar und eindeutig zu den Herausforderungen der Wirtschaftskrise geäußert. In einem „Wort des Rates der EKD“ wird die Gefährlichkeit der gegenwärtigen Situation ungeschönt benannt und mit Sätzen des Propheten Jesaja (Jes 30,8-15) in aller Härte gedeutet: „Weil ihr euch ... auf Frevel und Mutwillen verlasst, soll euch diese Sünde wie ein Riss sein, wenn es beginnt zu rieseln an einer hohen Mauer, die plötzlich, unversehens einstürzt.“ Und Papst Benedikt XVI entwickelt in der neuen Enzyklika „Caritas in Veritate“ christliche Kriterien einer menschengerechten Ökonomie mit der Betonung darauf, dass die Gerechtigkeit alle Phasen der Wirtschaftstätigkeit betrifft und „jede wirtschaftliche Entscheidung moralische Konsequenz(en)“ (Ziffer 37) hat.

Das Theologische in der Krise

Die Krise wird von den Kirchen folglich als Ruf Gottes zur Umkehr und zur Erneuerung verstanden. Mehr oder minder ausdrücklich wird deswegen auch theologisch – und nicht nur immanent ökonomisch – geredet. Aber ist das eigentlich angemessen? Macht es Sinn, sich in der Krise auf Gott – seine Gebote, seinen Willen, sein Wort – zu beziehen?

Theologie: Das kann nur bedeuten, unsere Erfahrungen, in diesem Fall die Erfahrungen mit der Wirtschaftskrise, auf Gottes Wirklichkeit zu beziehen; Verbindungslinien zwischen seinem Handeln in dieser Welt – wie immer wir es begreifen – und unseren Erfahrungen herzustellen. So etwas ist in unserer Lebenswelt nach wie vor beim „Schicksal“ von Einzelnen überzeugend. Aber wie steht es in diesem Fall? Kann man Fragen stellen wie zum Beispiel: Will Gott uns etwas sagen: durch die Krise oder mit ihr? Ist das nicht nur naiv und vielleicht sogar peinlich?

Auf jeden Fall ist es ein Risiko, so zu reden – man kann daran schnell scheitern und sich in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit isolieren –, aber der Glaube an Gott ist ohne Risiko ohnehin nicht denkbar. So wurde Desmond Tutu einst in einer Werbung für die Winterthur-Versicherungen zitiert: „Der Glaube ist immer ein Risiko – aber eines, ohne das ich nicht leben könnte.“ Er lässt sich nicht beweisen – seine Tragfähigkeit lässt sich nur leben. Zudem könnte es ja auch eine hochinteressante intellektuelle Herausforderung sein, sich mit den Zusammenhängen zwischen den Geboten Gottes und dem Verhalten der Menschen in unserer Situation auseinanderzusetzen.

Vom Glauben her zur Krise zu reden dramatisiert. Das wird nicht jedem einleuchten, da es der Politik in Deutschland bisher erfolgreich gelungen ist, die Folgen der Krise für die Menschen bemerkenswert flach zu halten. Nur

eine kleine Minderheit spürt bisher die Radikalität des Einschnitts. Darin liegt ein bemerkenswerter Verdienst der Politik. Wahrscheinlich wird dies auch bis zu den Bundestagswahlen so bleiben. Allen Einsichtigen ist aber deutlich, dass die Rechnung noch kommt und ihre Begleichung nicht ohne Verteilungskonflikte möglich sein wird. Schon jetzt beginnt die Diskussion über die Höhe der Sozialhaushalte und bereitet Kürzungsdebatten vor.

„Kairos“: Die Krise als Zeitpunkt der Wende

Die Situation ist momentan gefährlich wie selten zuvor. Vergleichbar höchstens noch mit der bisherigen Wirtschaftskrise von 1929/30 mit ihren fürchterlichen Folgen. Man kann sie deswegen als einen „Kairos“ (= einen von Gott geschenkten Zeitpunkt für eine Wende) deuten. So hat es der Erzbischof von Westminster in England kürzlich formuliert: „Dies ist eine besonders ausgezeichnete Situation (= Kairos), in der wir nach dem fragen müssen, was uns wirklich trägt, nach den Werten und Tugenden, die unsere Gesellschaft grundieren sollen. Der Kapitalismus braucht einen moralischen Zweck; er kann nicht im Leerlauf rotieren.“

Lässt sich ein moralischer Zweck für die Ökonomie heutzutage überhaupt noch und gerade in der jetzigen Situation denken? Wir kennen das ja: „Die Wirtschaft soll für den Menschen da sein und nicht der Mensch für die Wirtschaft.“ Momentan erscheint es jedoch eher umgekehrt zu sein. Die Gemeinschaft aller zahlt für die gewaltigen Verluste der Wirtschaft, in der Hoffnung, dass es bald wieder bergauf geht. Bergauf geht es dann wieder, wenn private Gewinne gemacht werden. Mir fällt dazu John Maynard Keynes ein, gewiss kein Christ, aber einer, dessen wirtschaftspolitische Ansätze zumindest im europäischen Christentum breit rezipiert wurden. Für ihn war die Ökonomie nicht die höchste Bestimmung des Menschen. Er konnte davon reden, dass es einstmals einen Zustand geben würde, und der sei auch nicht mehr weit entfernt, in dem die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt seien und man sich dann den wirklich wichti-

¹⁾ Überarbeiteter theologischer Kommentar im Hanns-Lilje-Forum, Hannover am 13. Mai 2009.

gen Dingen des Lebens zuwenden könnte. Die Denker der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland haben ganz ähnlich gedacht.

Für sie alle war die Ökonomie ein Mittel zum Zweck: zur Schaffung von „Wohlstand für alle“, jedenfalls für etwas, was weit über den Horizont des rein nützlichen Handelns und Konsumierens hinausging. Damit hätte die Ökonomie auch eine Grenze – etwas, worauf sie bezogen wäre. Das ist zweifellos auch klassisches christliches Denken. Reichtum hat keinen Wert in sich: Reichtum macht nur Sinn, wenn er in Wohlstand und Teilhabechancen für möglichst viele konvertiert wird.

Was wir aber erleben, ist etwas sehr anderes, wenn nicht schlicht das Gegenteil: Je reicher die Welt wird, desto schärfer wird in ihr um die Anteile am Reichtum gekämpft. Je reicher unser Land wird, desto deutlicher werden Knappheitskalküle eingezogen, und zwar insbesondere in den sozialen Diensten, in denen es um die direkte Zuwendung zum Menschen geht. Wer da hat, dem wird gegeben. Der „Kairos“: eine Zeit innezuhalten in dieser Situation, sich umzuschauen. Fraglos hat das Wirtschaftssystem eine BlöÙe gezeigt. Man muss wieder in seine hässliche Fratze blicken: mehr Arbeitslose, mehr Ungleichheit und Armut bei uns – Hunderttausende von Verhungernenden in Afrika und anderswo sind die Folge.

Die Krise als Gericht

Weil das so ist, kommt man nicht darum herum, die jetzige Situation als Krise zu bezeichnen. Krise ist in der theologischen Wahrnehmung der christlichen Tradition nichts anderes als ein Gericht Gottes: Ein drastischer Einschnitt in unser aller Lebensbedingungen, mit dem uns Gott darauf hinweisen will, dass wir in die Irre gegangen sind und dass es so, wie wir dachten, nicht weiter geht. Genügend Warnungen in dieser Richtung hat es gewiss gegeben – aber ein Innehalten war nicht zu erkennen. Die Lemminge marschierten konsequent in den Abgrund. Und nun ist sozusagen Gottes Geduld am Ende. Und wie auch sonst redet er mit uns in der Sprache, die allein wir heute noch verstehen: der Sprache des Geldes.

Aber ist es überhaupt eine Krise? Stefan Homburg hat jüngst im Wirtschaftsdienst verkündet, dass eigentlich alles ganz normal sei. Die Blase musste platzen, wie schon um die Jahrtausendwende, und das sei auch gut so. Denn so reguliert sich das System wieder einmal von selbst. Oder auch Karen Horn in der FAZ: Sie spricht mit einem sehr anschaulichen Bild davon, dass wir im Grunde genommen alle ein Leben an den „Hängen des Vesuv“ führen. Dort am Vesuv sind die fruchtbarsten Äcker zu finden und deswegen siedeln wir dort, aber man wüsste natürlich, dass er jederzeit ausbrechen könnte, und das tut er eben auch hin und wieder. „Die Wurzel des Übels liegt woanders: in der *Conditio Humana*. Die Krisenanfälligkeit

ist dem Menschen an sich immanent.“ Bei beiden Autoren also keine wirkliche Krise, kein Gericht, das diesen Namen verdiente, nur etwas „Durchschütteln“, damit es weitergehen kann; Selbstbereinigung der Märkte, ja mehr noch eine zu erwartende und letztlich trotz aller akuten Opfer auf lange Sicht positive Selbstregulation der Verhältnisse mit Wohlstandsgewinnen – aber für alle?

Ich kann solche Deutungen nur schwer glauben. Die *Conditio Humana* hat man schon für viel zu viel bemüht und es wäre auch nicht richtig, die jetzige Krise nur aus der Gier heraus zu erklären, die Menschen angeblich immer schon ausgezeichnet hätte. Die entscheidende Frage ist, unter welchen Bedingungen Gier freigesetzt, sogar legitimiert wird und unter welchen eben nicht. Anders gesagt: Warum wurde das bewusste Eingehen hoher und höchster Risiken von fast allen Akteuren toleriert – auch vom Staat? Zumindest die mittlerweile ja berühmten systemisch relevanten Bereiche hätten doch aus Gründen der Verantwortung ausgeklammert sein müssen. Aber sie waren es nicht. Nein, die gesamte Situation ist auch ganz einfach zurzeit zu gefährlich, um sie als normal erklären zu können. Noch so einen Vesuvausbruch wie diesen könnte unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kaum überleben.

Es ist nicht einmal sicher, ob unser Sozialstaat oder unsere Demokratie den jetzigen überleben wird. Thomas Strobel in der FAZ: „Würden wir auf diesem Kurs weitermachen, dann wäre unsere Zukunft einem System anvertraut, das sich neuerdings im Rhythmus von lediglich fünf bis zehn Jahren an den Rand der Selbstzerstörung bringt und nur mittels Einsatzes unbeschreiblich hoher finanzieller Ressourcen am Leben halten lässt. Deren Aufbringung aber übersteigt die Leistungsfähigkeit unserer eigenen Generation wie auch die unserer Kinder und Kindeskinde.“ Wenn diese Krise kein Gericht ist, was sollte man denn dann noch als solches interpretieren können?

Reue und BuÙe

In einer theologischen Deutung der Situation folgt auf die Krise nicht Verzweiflung und Selbstmord, sondern BuÙe, Reue und Umkehr – wie immer man das im Einzelnen beschreibt. Jedenfalls das Eingeständnis: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir dies und jenes taten.“ Als eine Art Schuldbekennnis: die öffentlich gemachte Einsicht, dass Menschen ihre Freiheit zum Handeln verantwortungslos – zum Schaden anderer – gebraucht haben.

Viel hat man von solchen Eingeständnissen in der letzten Zeit nicht gerade gehört, am wenigsten noch von den Akteuren selbst. Können Finanzmarktakteure vielleicht gar nicht eingestehen, dass sie Fehler gemacht und damit andere geschädigt haben? Können sie das vielleicht deswegen nicht, weil all dies sofort Haftungs-

fragen nach sich ziehen und ein schlechtes Licht auf das eigene Unternehmen werfen würde?

Es läuft alles so weiter und es werden auch wieder Gewinne gemacht. Das Anleihegeschäft boomt, wie man hört. Warum? Weil im Anleihegeschäft zurzeit die gewaltigen Anleihen der Staaten platziert werden müssen, die auf diese Weise die gewaltigen Summen aufbringen, um just jene Banken zu retten. Im 1. Quartal 2009 sind schon so viele Anleihen auf den Finanzmärkten platziert worden wie sonst nur im Jahresdurchschnitt insgesamt. Es ist logisch, dass dies bei vielen Finanzmarktakteuren die Kasse klingeln lässt und so dreht sich das System wieder weiter und profitiert in der Krise von der Krise. Die Krise nimmt es, aber die Krise bringt es auch. Die Rettung hat erst dann wirklich gegriffen, wenn wieder Gewinne gemacht werden. Nicht nur, dass die Allgemeinheit die Verluste zahlt – sie wird auf diese Weise auch für die Gewinne aufkommen müssen. Das alte Muster der Sozialisierung der Verluste und der Privatisierung der Gewinne schlägt in einer ungeahnt scharfen Weise durch. Die Krise führt zu einem Umverteilungsprogramm von unten nach oben, wie es das seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Betroffen sind schon jetzt die am Arbeitsmarkt Schwächsten – gering Qualifizierte und Ältere, wo hingegen viele Arbeitnehmer noch durch eine kluge Ausweitung der Kurzarbeit aufgefangen werden. Je länger die Krise dauert, desto schwieriger wird es aber.

Gibt es eine Umkehr?

Buße, Reue: All dies führt in einer theologischen Sicht zu einem Neubeginn, wenn es denn gut geht. Nun sind wir uns alle einig, wie dieser Neubeginn aussehen muss. Wir brauchen wieder mehr Regulierungen. Alle Hoffnungen richten sich auf den Staat, der endlich wieder das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie exekutieren soll und in Zukunft der Wirtschaft klarere Regeln vorgibt, so dass Krisen dieses Ausmaßes nicht mehr eintreten können. Wir hatten zu lange eine zu weiche Regulierung, die nicht genau hinzusehen zu müssen glaubte. Dadurch wurden die großen Risiken gar nicht oder zu spät erkannt. Haftungsfragen blieben oft offen. Man konnte mit wenig eigenem viel zu viel fremdes Kapital bewegen. Da muss wieder Ordnung in die Ökonomie hinein. Insbesondere besinnt man sich wieder auf die Traditionen der Freiburger Ordoliberalen, der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, mit ihrem Kernsatz, dass der Wettbewerb eine staatliche Veranstaltung sei.

Alles dies ist natürlich auch richtig und es gibt keinen Grund, an dieser Stelle ordnungspolitisch zurückzusteuern. Aber vieles irritiert denn doch. Viele politisch kontrollierte Banken waren in der Krise nicht die letzten, sondern die ersten Betroffenen. Hätte uns wirklich mehr Regulierung geschützt? Wer hätte diese Regulierung

kontrollieren sollen? Was hätte das zum Beispiel für die Ausstattung der Aufsichtsagenturen, wie zum Beispiel der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bedeutet? Nein, es scheint doch so zu sein, dass vieles von dem, was hier staatlich möglich ist, notwendigerweise zu spät kommt. Und das wird wohl auch so bleiben und sich kaum ändern. Nicht wegen der Natur des Menschen, sondern wegen der Dynamik des Kapitals, die ein Ausmaß erreicht hat, das sich politischer Kontrolle weitgehend entziehen kann – so sehr sich zurzeit auch alle einig sind, dass sich dies ändern muss.

Wenn das aber so ist, was dann? Am spektakulärsten, aber von der Öffentlichkeit, wie ich finde, weitgehend fast unbemerkt, hat kein Geringerer als Ernst-Wolfgang Böckenförde in der SZ die Systemfrage gestellt. Die Krise liegt im System, so behauptet er. Der Kapitalismus krankt nicht an der Gier. „Er krankt an seinem Ausgangspunkt, seiner zweckrationalen Leitidee und deren systembildender Kraft. An die Stelle eines ausgreifenden Besitzindividualismus, der das als natürliches Recht proklamierte potenziell unbegrenzte Erwerbsinteresse des Einzelnen, das keiner inhaltlichen Orientierung unterwirft, zum Ausgangspunkt nimmt, muss ein Ordnungsrahmen treten, der vom Gemeinwohl und dem Wohl aller ausgeht.“ Dies kann doch wohl nur heißen, eine Art von Sozialismus aufzurichten. Und ähnlich äußert sich Böckenförde denn auch im Weiteren seines Artikels. Er traut dem freigesetzten Selbstverwertungsinteresse des Kapitals nicht mehr und glaubt auch nicht mehr daran, dass es zu zivilisieren sei.

Böckenförde hat Recht: Individueller oder korporativer Besitz ist in christlicher Denkrichtung nichts, was der Eigentümer ausschließlich für sich selbst gebrauchen könnte, sondern bezeichnet anvertrautes, treuhänderisch im Interesse aller zu verwaltendes Gut. Die Vorstellung von einer Schöpfung Gottes, in der alle einen Platz haben, sperrt sich gegen die rein private Aneignung ihrer Teile. Geschieht dies dennoch, dann kann es sich nur um einen stellvertretenden Akt handeln, der im Interesse der Steigerung der Möglichkeiten möglichst vieler vollzogen wird.

Deutlich ist auf jeden Fall: Der mit dem Geldgeschäft handelnde Kapitalismus hat sich unendlich blamiert. Aber es gilt ja bekanntlich der Satz: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich gänzlich ungeniert.“ Gilt dies auch für dieses Wirtschaftssystem, was ja zurzeit – und das ist ganz entscheidend – nicht nur diejenigen weiter schädigt, die ohnehin schon immer arm waren, sondern auch dem Mittelstand vieles wegnimmt. Die höchst gefährlichen Folgen einer solchen Situation sind aus der letzten großen Krise nur allzu gut bekannt. Die Ökonomie ist unser Schicksal, so heißt es. Wäre es besser, die Politik wäre es? Letztendlich sollen es doch die Bürger selbst sein, die bestimmen, was im Land geschieht.

Das Geld als Medium

Die Krise als Gericht, als Chance für Erneuerung und Buße, die Krise als Kairos. Solche theologischen Deutungen bedeuten auf jeden Fall immer, dass das Geld ein Medium bleibt, in dieser Hinsicht eben ein Medium Gottes. Aber ist das noch plausibel – das Geld als Medium – das heißt als etwas, was für etwas anderes steht? „Geld ist zum Ausgeben da“, wie man formulieren müsste, und sein höchstes Ziel liegt nicht in der Akkumulation seiner selbst. Oder hat das Geld nicht längst den Platz Gottes erklommen, der Zinseszins als Religion, wie Martin Walsers das sehr anschaulich in seinem vorletzten Roman „Angstblüte“ beschrieben hat – das Geld als das Absolute, über das hinaus Größeres nicht mehr gedacht oder erlebt werden kann, insofern genau an die Stelle Gottes getreten? Wir leben alle im „Weltinnenraum des Kapitals“, wie es Peter Sloterdijk formuliert hat, und solange wir Möglichkeiten haben, uns an seine wesentlichen Anschlüsse andocken zu können, das heißt solange wir über Kredit- und EC-Karten verfügen, mag es ja gehen, aber wehe, man hat das eines Tages nicht mehr.

Es geht nicht ohne eine dynamische Wirtschaft – es geht nicht ohne Kapitalismus. Aber geht es mit ihm? Die nächsten Krisen kommen bestimmt. Die Frage kann nur sein, wie schwer sie durchschlagen werden. Es braucht ein systemisch robusteres System als bisher – vor allem im Bereich der Finanzmärkte. Als „Treuhänder zweiten Grades“ sind die Finanzmarktakteure in gesteigerter Weise verantwortlich für die Wohlstandsentwicklung insgesamt. In Zukunft sollte hier deswegen weit mehr als in anderen Bereichen der Wirtschaft für eine besse-

re Risikobegrenzung und die klare Zurechnung von Verantwortung gesorgt werden. Das ganze System sollte durch schärfere Sicherheitsregelungen, das heißt durch erhöhte Kernkapitalunterlegung abgesichert sein. Zudem braucht es einer internationalen Aufsicht über alle Produkte und Akteure. Es sollte in Zukunft weniger um spektakuläre Gewinnerzielungsabsichten und mehr um ein schlichtes Exekutieren der eigenen Funktionalität gehen. Paul Krugman hat völlig Recht: „Das Bankgeschäft muss wieder langweiliger werden“.

In christlich-sozialethischer Perspektive erscheint das Wirtschaftsgeschehen als ein Kooperationspiel, in dem die Einzelnen ihren Nutzen nur gemeinsam mit anderen maximieren können. Ordnungsethisch bleibt übergeordnetes Kriterium deswegen das beständige Investieren in Institutionen der Zusammenarbeit. Das gilt besonders für die Finanzmärkte, aber auch für die Gestaltung des marktlichen Wettbewerbs. Seine wichtigste Voraussetzung ist die bindende Verständigung darüber, dass nicht die Zerstörung des Mitbewerbers, sondern die beständige Entwicklung besserer Alternativen, aus denen sich letztendlich Steigerungen der Wohlfahrt aller ergeben, das Ziel ist. Nicht primär die direkte Hilfe für andere, sondern das Gebot, ihnen nicht zu schaden, ist die erste Maxime des Handelns. Das könnte aus der Krise gelernt werden.

So verstanden, kann eine Sanierung der Wirtschaft kaum gelingen, wenn sie einseitig auf Kosten der Sozialsysteme geschieht. Denn dann untergräbt sie noch weiter das, was in der Krise ohnehin bedroht ist: das Vertrauen in eine wenigstens halbwegs gerechte Funktionsweise des Ganzen.

Gaby Schwarz-Seeberger, Nürnberg

Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit für Beschäftigte in caritativen und diakonischen Einrichtungen

Auch im Bereich von caritativen und diakonischen Einrichtungen wird es immer schwieriger, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die Bundesagentur für Arbeit bietet Arbeitgebern zur Zeit einige Möglichkeiten an, mit der die Eingliederung bzw. die Fort- und Weiterbildung von gering qualifizierten sowie behinderten oder älteren Beschäftigten gefördert werden kann. Mit dem folgenden Beitrag soll ein erster Überblick über die verschiedenen Maßnahmen gegeben werden.

I. Eingliederungszuschüsse

Eine der Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit ist der so genannte „Eingliederungszuschuss“. Eingliederungszuschüsse gehören zu den Leistungen der Agenturen für Arbeit nach dem Sozialgesetzbuch

(SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung – und sind geregelt in den §§ 217 ff. und 421 f. SGB III. Durch den Eingliederungszuschuss können Arbeitgeber zur Eingliederung von förderungsbedürftigen Arbeitnehmern Zuschüsse zu den Arbeitsentgelten erhal-